

# Inhalt der Sitzung vom 07.11.2011

## Aus der Gemeinderatssitzung am Montag, 07.11.2011

Vor Eintritt in die Tagesordnung wurden Anträge von CDU und GLP auf Vertagung der TOP 3 und 4 behandelt. GR Jutta Schuster (CDU) sagte, dass es nicht darum gehe, dass die CDU dagegen sei. Man bräuhete jedoch mehr Zeit, um das umfangreiche Gutachten durchzusehen. Dies sei so kurzfristig nicht möglich gewesen, da man sich seitens der Fraktion eingehend informieren möchte.

BGM Schmitt sagte, dass das Gutachten umfassend überarbeitet wurde und erst vor 14 Tagen bei der Gemeindeverwaltung eingegangen ist. Im UTB wurden allerdings die wichtigsten Punkte bereits angesprochen und diskutiert, so dass es nicht zutreffend sein kann, dass man in der Fraktion ganz ohne Kenntnisse ist. Zuerst erfolgt normalerweise im Gemeinderat der Startschuss, bevor ein Gutachten in Auftrag gegeben wird.

GR Ulf-Udo Hohl (GLP) sagte, dass die GLP das Ganze in weiterem Zusammenhang sehe, daher wolle man zuerst eine Bürgerversammlung. Die Gemeindeordnung sehe Bürgerversammlungen vor, aber keine Informationsveranstaltungen, wie von der Verwaltung geplant. Die Bürger sollen auch Anregungen geben und das Thema solle öffentlich behandelt werden. Er sagte weiter, dass in der Ausschusssitzung kein Termin genannt wurde und warf dem Bürgermeister vor, er würde einfach so tun, als ob er alles schon geplant habe, obwohl noch gar nichts geplant sei. Erst nachdem die GLP den Antrag gestellt habe, würde er etwas machen.

BGM Schmitt wies diese Vorwürfe entschieden zurück. Er machte GR Hohl (GLP) deutlich, dass man in der Sache das gleiche Ziel verfolge und verdeutlichte, dass es wohl kaum entscheidend ist, welchen Namen eine Veranstaltung trägt, wenn sie dazu dient, die Plankstadter Bevölkerung umfassend zu informieren und deren Wünsche zu hören. Er nahm die weiteren Unterstellungen mit Befremden zur Kenntnis und wies diese deutlich zurück. Er machte GR Hohl klar, dass seine Darstellungen falsch sind und es bestimmt keine Notwendigkeit seitens der Verwaltung gibt, Ideen zu kopieren.

Der Gemeinderat stimmt der Vertagung mehrheitlich mit 12 Ja-Stimmen von PL (GR Horst Kolb), CDU, SPD und GLP bei 1 Gegenstimme des BGM und 5 Enthaltungen der PL zu.

## TOP Ö 2

### Entscheidung über die Annahme einer Spende nach § 78 Abs. 4 GemO

Am 16.09.2011 spendete der PCC Blau-Weiß 1969 e.V. Plankstadt den vom Tag der RNF-Sommertour erwirtschafteten Erlös von 333 Euro der Notgemeinschaft.

GR Dr. Ulrike Klimpel-Schöffler (PL) sprach den Dank der PL aus und gab die Zustimmung.

GR Karl Schleich (CDU) bedankte sich im Namen der CDU-Fraktion und gab die Zustimmung.

GR Jutta Schneider (SPD) bedankte sich im Namen der SPD-Fraktion und gab die Zustimmung.

GR Sigrid Schüller (GLP) sprach den Dank der GLP aus und gab die Zustimmung.

Der Gemeinderat gab einstimmig seine Zustimmung.

## TOP Ö 5

### Antrag der GLP „Einberufung einer Bürgerversammlung – Schwerpunkt alle mit der Ortskernsanierung zusammenhängende Fragen, insbesondere die künftige Verwendung des Areals

## **Adler“**

Die GLP beantragte die Einberufung einer Bürgerversammlung für den 20. Oktober 2011. Die erforderlichen Unterschriften der den Antrag unterstützenden Gemeinderäte wurde am 26. September 2011 geliefert, so dass der Antrag gemäß § 34 I Satz 4 Gemeindeordnung in der Novembersitzung zu behandeln ist. Der geforderte Termin konnte damit nicht gehalten werden.

BGM Schmitt sagte, dass der gerade vertagte Tagesordnungspunkt eine Bürgerinformation vorgesehen hatte, weshalb der Beschlussvorschlag der Verwaltung auf Ablehnung des Antrags lautet. Dieser Punkt wurde nun jedoch nicht beschlossen. Aus seiner Sicht sollte eine Bürgerversammlung dann zu einem Thema abgehalten werden, wenn es aus dem Gemeinderat wenigstens eine gewisse Richtungsvorgabe gibt.

GR Ulf-Udo Hohl (GLP) sagte, es gäbe schon viele Informationen und Papiere zu diesem Thema. Herr Gerhard sei durch die Gemeinde beauftragt und müsse dann auch informieren. Ansonsten müsse man den Vertrag eben kündigen. Der Ortsbaumeister habe auch genügend Material und man müsse auch nicht den letzten Schliff abwarten für die Gelegenheit alles öffentlich zu machen.

GR Gerhard Waldecker (PL) sagte, dass die PL mehrfach gehört habe, dass noch Informationsbedarf in der Bevölkerung bestehe. Fakt sei aber, dass das Areal Adler in Privatbesitz ist. Dies dürfe nicht vergessen werden. Allerdings sei der Zustand des Gebäudes nicht erfreulich, so dass jede Veränderung positiv zu bewerten sei. Eine Information an die Bürger sei wichtig, egal ob es nun Informationsveranstaltung oder Bürgerversammlung heiße. Die Informationspolitik der Gemeindeverwaltung müsse hier besser werden, insbesondere brauche es mehr Transparenz und Informationsfluss für die Bürger. Die PL fordere daher die Abhaltung einer jährlichen Informationsveranstaltung durch den Bürgermeister, in der Bilanz über die realisierten Projekte gezogen werde und neue Projekte vorgestellt werden sollen. Plankstadt bewege sich in die richtige Richtung, es bedürfe aber einer deutlicheren Informationspolitik um unsachlichen und falschen Informationen vorzubeugen. Er gab die Zustimmung der PL zu dem Beschlussvorschlag.

GR Jutta Schuster (CDU) sagte, dass alle das Ähnliche wollen, nämlich mehr Transparenz. Man brauche die Informationen früher. Sie betonte dass Bürgernähe gefragt sei und gab die Ablehnung der CDU.

GR Prof. Dr. Dr. Ulrich Mende (SPD) sagte, dass eine Bürgerversammlung vor dem Gemeinderatsbeschluss erfolgen müsse und betonte die Wichtigkeit der Transparenz. Er gab die Ablehnung der SPD.

Aufgrund des Abstimmungsergebnisses vereinbarte Bgm Schmitt mit dem Gemeinderat, dass die Bürgerversammlung am 05.12.2011 um 19 Uhr in der Mehrzweckhalle durchgeführt werde. Zu behandelnde Punkte werden Ortskernsanierung allgemein, Entwicklung Adlerareal und, da damit in unmittelbaren Zusammenhang stehend, der Einzelhandelsstandort Jahnstraße sein.

Das Abstimmungsergebnis lautet:

Mehrheitlich abgelehnt mit 7 Ja-Stimmen von PL und BGM bei 11 Gegenstimmen von CDU, SPD und GLP.

## **TOP Ö 6**

### **Einführung einer Stadtbuslinie**

Im Jahr 2005 wurde der Betrieb der 2002 eingerichteten Stadtbuslinie 714 eingestellt. Die Stärkung und Ausweitung des ÖPNVs hat aber unter demografischen Kriterien und umweltrelevanten Aspekten eine große Bedeutung. Noch entscheidender sind die zahlreichen Anfragen aus der Bevölkerung an die Verwaltung.

Die Stadtbuslinie wurde in der Bündelausschreibung Schwetzingen-Hockenheim 2010/2011 für die Dauer von acht Jahren als optionale Linie 714 mit einem barrierefreien Mercedes Kleinbus-Modell aufgenommen. Die Jahreskosten belaufen sich abzüglich eines Zuschusses von voraussichtlich 35 % auf 78.253 Euro.

Alternativen zur Stadtbuslinie 714 wurden im UTB am 11.10.2011 ausführlich diskutiert. Hierzu zählt u.a. die Einrichtung einer sogenannten Bürgerbus-Linie, so ein formulierter Haushaltsantrag der SPD-Fraktion, für die ein Bürgerbus-Verein gegründet, 2 Fahrzeuge beschafft und eine Linienkonzession beantragt werden müsste. Die ehrenamtlichen Fahrer benötigen jährliche Gesundheitsprüfungen, polizeiliche Führungszeugnisse und einen Personenbeförderungsschein, sowie entsprechenden Versicherungsschutz, dass sie max. 8 Personen befördern dürfen.

GR Gaby Wacker (SPD) sagte, dass durch die Gegenüberstellung etwas verglichen werde, was nicht zu vergleichen sei. Sie nahm Bezug auf das von der SPD-Fraktion genannte Beispiel der Gemeinde Salach und erklärte, dass der Bus eine Ergänzung zum bestehenden Netz sein solle, keine Konkurrenz, sondern nur ein Zubringer. Sie sagte weiter, dass der Vorschlag der Verwaltung überdimensioniert sei und für Berufspendler unattraktiv. Sie behauptete, die Verwaltung habe den Vorschlag nicht richtig geprüft und sogar teurer gerechnet. BGM Schmitt wies diese Behauptungen entschieden zurück. Er sagte, dass ein Bus für alle Bürgerinnen und Bürger da sein und verlässlich funktionieren muss. Er sagte weiter, dass Plankstadt nicht Salach ist und Plankstadt auch eine Lösung für Plankstadt braucht.

GR Ulrike Breitenbücher (PL) sagte, es gäbe 2 verschiedene Aspekte. Zum einen ehrenamtliche Tätigkeit und zum anderen professionelle Tätigkeit für die Aufrechterhaltung einer Buslinie. Es sei wichtig, eine weitere gute Anbindung zu bekommen und mit den vorgestellten Fahrzeiten könne man ein breites Spektrum abdecken. Mit der Einführung der Buslinie könne man Nägel mit Köpfen machen. Sie gab zu bedenken, dass es verheerend wäre, wenn mit einem ehrenamtlichen Fahrer ein Unfall passieren würde. Das wünsche man generell niemandem und schon zweimal nicht in einer ehrenamtlichen Tätigkeit. Sie gab die Zustimmung der PL.

GR Prof. Dr. Udo Weis (CDU) sagte, er wolle nicht alle genannten Argumente nochmals wiederholen. Man brauche für die Bevölkerung eine breite Anbindung. Die vorgeschlagene Lösung sei die einfachste aus Sicht der Verwaltung. Er sagte, der Vorschlag hätte von der Verwaltung ernsthafte aufgenommen werden können und sprach sich gegen eine Ablehnung des SPD-Antrages und für eine Ablehnung des Verwaltungsantrages aus, der dem Bedarf in Plankstadt nicht entspräche.

GR Sigrid Schüller (GLP) forderte eine getrennte Abstimmung und Verschiebung des Antrags auf Aufnahme der Buslinie. Es würden Äpfel mit Karotten verglichen und der SPD-Antrag solle ergebnisoffen geprüft werden. Sie wollte zu den einzelnen Haltestellen Ausführungen machen und bat diese über den Beamer für die Zuhörer sichtlich zu machen.

Aufgrund technischer Probleme mit der EDV musste die Sitzung für 5 Minuten unterbrochen werden.

Schüller kritisierte die sehr lange parallele Streckenführung zur bestehenden Linie im Verwaltungsantrag, der weder mit den Bürgern, noch mit dem Gemeinderat abgestimmt sei. Es sei nicht das, was man in Plankstadt brauche. Sie beantragte getrennte Abstimmung und gab dem SPD-Antrag die Zustimmung und die Ablehnung des Verwaltungsantrags für die GLP.

Bürgermeister Schmitt merkte an, dass Linienführung und Haltestellen der Stadtbuslinie vor der Bündelausschreibung im zuständigen Ausschuss vorgestellt und besprochen wurden.

Abstimmungsergebnis:

Nr. 1:

Mehrheitlich abgelehnt mit jeweils 11 Nein-Stimmen von CDU, SPD und GLP bei 7 Ja-Stimmen von PL und BGM.

Nr. 2:

Mehrheitlich abgelehnt mit jeweils 11 Nein-Stimmen von CDU, SPD und GLP bei 7 Ja-Stimmen von PL und BGM.

## **TOP Ö 7**

### **Fassadensanierung der Turn- und Schwimmhalle Friedrichschule - Auftragsvergabe**

Im Zusammenhang mit der Verbesserung des Wärmeschutzes bei der Turn- und Schwimmhalle wurden die Gerüstbauarbeiten, Abbrucharbeiten, Wärmedämmverbundsystem/Verputzarbeiten, Erneuerung der Fenster, Dachabdichtungsarbeiten und Mauerarbeiten ausgeschrieben. Die Gesamtvergabesumme der 6 Gewerke beträgt 408.044,90 Euro. Die Kostenberechnung der Architekten vom 23.09.2011 belief sich für die ausgeschriebenen Leistungen auf 516.000 Euro.

Im Laufe des Frühjahrs 2012 sollen weitere vom Aufwand her kleinere Gewerke wie z.B. Fliesen-, Elektro-, Schreiner-, Schlosser- und Heizungsarbeiten ausgeschrieben werden. Bezuschusst wird die Maßnahme über die Landesförderprogramme für Sportstättenbau mit bis zu 180.000 Euro und „Klimaschutz-Plus“ mit bis zu ca. 30.000 Euro. Zudem ist mit einer weiteren Förderung über den Ausgleichsstock zu rechnen, über deren genaue Höhe derzeit noch keine konkreten Angaben gemacht werden kann.

GR Silke Layer (PL) sagte, dass eine energetische Sanierung der Turn- und Schwimmhalle dringend erforderlich sei und gab die Zustimmung der PL. Sie bedankte sich bei der Verwaltung für die erfolgreiche Ausschöpfung möglicher Zuschüsse.

GR Andreas Wolf (CDU) sagte, dass es sehr erfreulich sei, dass die Gesamtauftragssumme unter der Kostenschätzung liege. Er fragte, ob schon Kostenschätzungen für die noch offenen Gewerke vorlägen, was von BAL Boxheimer bejaht und beziffert werden konnte. Wolf gab die Zustimmung der CDU.

GR Prof. Dr. Dr. Ulrich Mende (SPD) fragte nach der Kostenhöhe der kleineren Maßnahmen. Er gab die Zustimmung der SPD.

GR Ulf-Udo Hohl (GLP) sprach sich dafür aus, nach der Außensanierung den weiteren Fortgang in Sachen Schwimmbad zu diskutieren und gab die Zustimmung der GLP.

BGM Schmitt erinnerte, dass im Rat Konsens war, nur die äußere Gebäudehülle zu sanieren ohne damit ein Präjudiz für oder gegen das Schwimmbad zu schaffen. Dies sei auch so erfolgt. Aufgrund des Wunsches des Rates wurde eine Kostenschätzung für eine Schwimmbadsanierung in Auftrag gegeben, die dem zuständigen Ausschuss in Kürze bei einem Termin vor Ort erläutert werden soll.

Der Gemeinderat gab einstimmig seine Zustimmung.

## **TOP Ö 8**

### **Bauvoranfrage zur Änderung der Bauweise und Anpassung des Baufensters auf den Grundstücken Flst.Nr. 5125 – 5129, Konrad-Adenauer-Ring 34 - 42**

Über eine Bauvoranfrage soll geklärt werden, ob auf den laut Bebauungsplan „Bruchhäuser Weg“ für die Errichtung einer Hausgruppe vorgesehenen 5 Grundstücken 2 Doppelhäuser errichtet werden können.

GR Silke Layer (PL) fragte, wie es nun mit den Hausnummern geregelt werde? Sie gab die Zustimmung der PL.

BGM Schmitt sagte, dass eine Nummer wegfallt.

GR Andreas Berger (CDU) fragte, ob die Baufenster ohne Versatz seien, was von BAL Boxheimer bejaht wurde.

Berger gab die Zustimmung der CDU.

GR Prof. Dr. Dr. Ulrich Mende (SPD) gab die Zustimmung der SPD.

GR Ulf-Udo Hohl (GLP) sagte, dass ihm sich die Gründe für die Neueinteilung nicht erschließen würden. Er gab die Zustimmung der GLP.

Der Gemeinderat gab einstimmig seine Zustimmung.

## **TOP Ö 9**

### **Bauantrag zur Errichtung eines Einfamilienwohnhauses auf dem Grundstück Flst.Nr. 3203, Eisenbahnstr. 29**

Nach dem Abbruch des Gebäudebestandes im Kenntnissgabeverfahren wurde ein Bauantrag zur Errichtung eines Einfamilienwohnhauses mit einer im Erdgeschoss integrierten Einzelgarage eingereicht.

GR Fredi Engelhardt (PL) gab die Zustimmung der PL.

GR Andreas Berger (CDU) gab die Zustimmung der CDU.

GR Prof. Dr. Dr. Ulrich Mende (SPD) gab die Zustimmung der SPD.

GR Sigrid Schüller (GLP) fragte, ob Mittel aus dem „Sanierungspott“ verwendet wurden, was verneint wurde. Sie gab die Zustimmung der GLP.

Der Gemeinderat gab einstimmig seine Zustimmung.

## **TOP Ö 10**

### **Volksabstimmung zu „Stuttgart 21“ am 27.11.2011**

#### **-Entschädigungen der Mitglieder der Abstimmungsvorstände sowie der sonstigen Hilfskräfte**

Am 27.11.2011 findet die Volksabstimmung zu dem Bauprojekt „Stuttgart 21“ statt. Die Mitglieder der Abstimmungsvorstände sollen analog den Regelungen in der örtlichen „Satzung über die Entschädigung für ehrenamtliche Tätigkeit“ entschädigt werden. Für die Mitglieder der Abstimmungsvorstände in den allgemeinen Wahlbezirken 1-13 ergäbe sich somit ein Entschädigungsanspruch i.H.v. 52 Euro, für die Mitglieder des Briefwahlvorstandes entsprechend des zeitlichen Minderaufwands 45 Euro.

GR Dr. Ulrike Klimpel-Schöffler (PL) gab die Zustimmung der PL.

GR Karl Schleich (CDU) gab die Zustimmung der CDU.

GR Jutta Schneider (SPD) gab die Zustimmung der SPD.

GR Sigrid Schüller (GLP) forderte alle Bürgerinnen und Bürger auf, sich zu beteiligen und gab die Zustimmung der GLP.

Der Gemeinderat gab einstimmig seine Zustimmung.

**TOP Ö 11**

**Bekanntgabe der in den nichtöffentlichen Gemeinderatssitzungen am 26.09.2011 und 10.10.2011 gefassten Beschlüsse**

**Bekanntgabe der in der letzten nichtöffentlichen Gemeinderatssitzung am 26.09.2011 gefassten Beschlüsse**

**TOP NÖ 1**

Antrag auf Stundung von rückständige Bestattungsgebühren und Nebenforderungen  
Mehrheitlich angenommen.

**Bekanntgabe der in der letzten nichtöffentlichen Gemeinderatssitzung am 10.10.2011 gefassten Beschlüsse**

**TOP NÖ 1**

Zustimmung zum Verkauf des Grundstücks mit der Flurstücknummer 4619 im Gewerbegebiet Nord-West  
Einstimmig angenommen.

**TOP NÖ 2**

Beratung Haushaltsplanentwurf 2012 und Wirtschaftsplanentwurf 2012 (jeweils mit Finanzplanung)  
Einstimmig zur Beratung verwiesen in den VKSS.